

Conference Reports

Leadership and Authority in Asia: Politische Führung und Führungsstile in Asien

Berlin, 20.–21. Juni 2013

Das Japanisch-Deutsche Zentrum Berlin (JDZB) war erneut Veranstaltungsort der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde (DGA) und der zugehörigen wissenschaftlichen Tagung zum Thema „Leadership and Authority in Asia: Politische Führung und Führungsstile in Asien“. Wie auch bei zahlreichen vergangenen Veranstaltungen und Fachtagungen der DGA erwies sich das JDZB als idealer Gastgeber. In Kooperation mit der German Asia-Pacific Business Association/Ostasiatischer Verein (OAV) wurden nicht nur die Mitgliederversammlung und die Vorstandswahl der DGA erfolgreich organisiert, sondern auch die Rahmenbedingungen für eine äußerst gelungene wissenschaftliche Konferenz mit interessanten Debatten in trotz großer Hitze entspannter Atmosphäre geschaffen. Die Fachtagung wurde am späten Donnerstagnachmittag durch den Eröffnungsvortrag von Aurel Croissant, Universität Heidelberg, mit dem Titel „The Multitude of Political Systems and the Diverging Sources of Legitimacy and Authority in Asia“ und ein anschließendes Podiumsgespräch zwischen Chiharu Takenaka, Rikkyo-Universität Tokio, Nobuto Yamamoto, Keio-Universität Tokio, Alexandra Sakaki, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Berlin, und Katja Levy, Freie Universität Berlin, eingeleitet.

Der vollständig der wissenschaftlichen Konferenz vorbehaltene Freitag begann mit Grußworten der Generalsekretärin des JDZB, Dr. Friederike Bosse, des Vorstandsvorsitzenden der DGA, Dr. Peter Christian Hauswedell, und des stellvertretenden Vorsitzenden des OAV, Dieter Ernst. Das erste Panel des Tages „Dynastien und Demokratien: Verschiedene Formen von Herrschaft in Asien“ griff sofort eine der zentralen Leitfragen des Eröffnungsvortrages von Aurel Croissant explizit auf: Woher beziehen unterschiedliche politische Regime ihre Legitimität? In vielen asiatischen Staaten sind familiär-dynastische Strukturen nach wie vor eine zentrale Quelle politischer Macht und Legitimität, wie in drei hervorragenden Beiträgen eindringlich deutlich wurde.

Zunächst befasste sich Patrick Ziegenhain, Universität Trier, mit der Region Südostasien und speziell mit der Rolle politischer Dynastien in Indonesien, in Thailand und auf den Philippinen. Entscheidend für deren anhaltend große Bedeutung sind nach Ziegenhain vor allem die materiellen Ressourcen der Dynastien, insbesondere der Landbesitzeliten. Feudalsysteme und Patronage tragen ebenso zur Dominanz familiärer Politikstrukturen bei wie ein weit verbreitetes „vordemokratisches Denken“ und das Verharren großer Teile der Bevölkerung in althergebrachten Abhängigkeiten. Institutionell begünstigen Mechanismen wie das Mehrheitswahlrecht die Wahl von Personen und nicht den Aufstieg von ohnehin nur schwach strukturierten und programmatisch oft inhaltsleeren Parteien. Zudem ist aufgrund lang anhaltender politischer Instabilität und wenig gefestigter demokratischer Strukturen das Vertrauen in Personen bzw. Dynastien wesentlich stärker ausgeprägt als der Glaube an Institutionen. In den Bereichen Stabilisierung und Demokratisierung sieht Ziegenhain auch den größten Reformbedarf, um die Dynastie-Dominanz in Südostasien abzuschwächen. Dieser Prozess kann durch einen langsamen, aber stetigen gesellschaftlichen Wandel und eine zunehmende Hinterfragung der Legitimität traditioneller Abhängigkeitssysteme wirksam unterstützt werden.

Claudia Derichs, Philipps-Universität Marburg, betrachtete das Thema „Dynastien“ unter dem Aspekt der Rolle von Frauen in dynastisch geprägten Herrschaftsstrukturen. Hierbei seien subregionale Muster erkennbar: In Südostasien haben Frauen als Witwen (z. B. Sri Lanka: Sirimavo Bandaranaike, Bangladesch: Khaleda Zia) oder Töchter (z. B. Pakistan: Benazir Bhutto, Bangladesch: Sheikh Hasina) „über die Leichen der Männer“ politische Macht erlangt. In Südostasien nehmen Frauen die Rolle als „Heldinnen“ nach dem Sturz diktatorischer Systeme ein (z. B. Philippinen: Corazon Aquino; Myanmar: Aung San Suu Kyi). In Ostasien versuchen Töchter, über die „dynastische Schiene“ die verlorene Reputation der Väter zu rehabilitieren. Aus dieser Region stammen auch die beiden Fallbeispiele, die Derichs näher vorstellte: Zum einen die frühere Außenministerin Japans und Tochter des ehemaligen Premierministers Tanaka Kakuei, Makiko Tanaka, zum anderen die derzeitige Präsidentin Südkoreas und Tochter des vormaligen Militärmachthabers Park Chung-hee, Park Geun-hye. Das dynastische Element ist für Frauen gerade in Krisenzeiten wichtig gewesen, um ihr „moralisches Kapital“ in politische Macht ummünzen zu können. Derichs zentrale These ist jedoch, dass die Herkunft aus einer Dynastie an sich für Frauen noch kein hinreichender Faktor für die Erlangung politischer Ämter ist und insbesondere strukturelle Vorgaben des Wahlrechts oder Hindernisse im bürokratischen Apparat allein nicht zu brechen vermag. Selbst wenn es Frauen mit dynastischer Unterstützung in höchste Positionen schaffen, so Derichs in der

Diskussion, seien jedoch kaum „trickle down“-Effekte hin zu einer generell höheren politischen Partizipation von Frauen zu beobachten.

Christian Wagner, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Berlin, befasste sich in seinem Beitrag mit politischen Dynastien in Südasiens. In der gesamten Region spielen familiäre Strukturen in der Politik eine wesentliche Rolle. Die Autorität und Legitimität dieser Dynastien geht zumeist auf die Unabhängigkeit bzw. Staatsgründung der einzelnen Länder zurück, wobei zwischen Demokratien (Indien, Sri Lanka) und autoritären Regimen (Pakistan, Bangladesch, Nepal) in dieser Hinsicht kaum Unterschiede festzustellen sind. Auch spätere Demokratisierungsbemühungen haben wenig dazu beitragen können, die Macht der politischen Dynastien zu brechen. So hat sich beispielsweise in Pakistan lediglich die Zahl der beteiligten Akteure erhöht, wobei aber die grundlegenden Strukturen unangetastet geblieben sind. Waren es in den 1950er und 1960er Jahren noch die berühmten 22 Familien, welche die Politik Pakistans kontrollierten, so sind es nunmehr knapp 600 Familien, die 44 Prozent aller Sitze in der pakistanischen Nationalversammlung und in den Provinzparlamenten innehaben. Die Ursachen für diese anhaltend große Bedeutung politischer Dynastien finden sich nicht nur in Pakistan: Eine generell eher schwache Staatlichkeit sorgt noch immer dafür, dass die Familie die zentrale Bezugsgruppe und gleichzeitig der wesentliche Schutz vor Lebensrisiken bleibt. Zudem spielen klassische Patron-Klient-Verhältnisse nach wie vor eine entscheidende Rolle. Hinzu kommt eine geringe Institutionalisierung der jeweiligen Parteiensysteme, in welchen es zumeist kaum programmatische oder ideologische Unterschiede zwischen den Parteien gibt. Abschließend prognostizierte Wagner eher Kontinuität als Wandel, wobei aber die Rolle neuer sozialer Bewegungen (z. B. in Indien) und der Einfluss einer zunehmend selbstbewussten städtischen Mittelschicht auf die Parteienlandschaft in Südasiens bislang noch nicht abschließend einschätzbar seien.

Das folgende Panel „Führungsanspruch und -kompetenz in der asiatischen Wirtschaft“ konzentrierte sich auf die ökonomische Sphäre als Aspekt von Führung in vier asiatischen Ländern. Franz Waldenberger, Ludwig-Maximilians-Universität München, betrachtete in seinem Vortrag „Führung japanischer Unternehmen – Licht und Schatten“ die Situation in Japan. Seit Beginn der 1990er Jahre, so Waldenberger, habe Japan ein „Führungsproblem“, welches vor allem quantitativer Natur sei. Es gebe viele loyale „follower“, aber nur wenige echte „leader“. Eine wesentliche Ursache für dieses Führungsdefizit sieht Waldenberger in der japanischen Unternehmenskultur und dem *community model*, welches jahrzehntelange Dienste und Loyalität belohne, aber keine Unternehmerpersönlichkeiten mit klaren Visionen, Risikobereitschaft, Beharrlichkeit und Charisma heranziehe. Anpassung, Bezie-

hungsaufbau, strikte Konsensorientierung und die Vermeidung von Verantwortung würden dadurch essentiell für den beruflichen Aufstieg und haben damit zu der heutigen Führungskrise in Japan beigetragen. Entsprechend sieht Waldenberger auch einen wesentlichen Schritt zur Lösung des Führungsdefizits in einer stärkeren Förderung von „entrepreneurship“, einer grundlegenden Änderung der *corporate governance* und einer Reform des japanischen Bildungswesens hin zu einer frühzeitigen Verantwortungsübernahme.

Die Lage in Südkorea wurde von Fabian Jintae Froese, Georg-August-Universität Göttingen, in seinem Beitrag „Kompetenzen erfolgreicher Führungskräfte in Korea“ dargestellt. Hierbei griff Froese auf empirische Daten einer selbst durchgeführten, groß angelegten Befragung zurück, die sich noch in der Auswertungsphase befindet. Leitfrage war, was erfolgreiche Führungskräfte in Korea auszeichnet. Hierbei untermauerte Froese, dass es vor allem Männer sind, die Führungskräfte werden können. Zu den Kompetenzen, die den Karrierefortschritt fördern, zählen nach den Ergebnissen der Umfrage insbesondere Englischkenntnisse, Auslandsbildung, effektives Führungsverhalten, Selbstwirksamkeit im Sinne des Vertrauens in die eigenen Fähigkeiten sowie kulturelle Intelligenz und ein funktionierendes persönliches Netzwerk.

Der Vortrag „Führungskompetenz und Fortschritt in Post-Suharto Indonesien: Eine Politökonomische Perspektive“ von Christian von Lübke, Arnold-Bergstraesser-Institut Freiburg, betrachtete vor allem die Auswirkungen des Regimewechsels in Indonesien. Die Post-Suharto-Ära sei demnach durch eine schrittweise Abkehr des vormals strikten „Top down“-Prinzips staatlicher Führung geprägt. Dies erfolge durch Dezentralisierungs- und Selbstverwaltungsmaßnahmen und werde flankiert von einer wachsenden internationalen Integration, beispielsweise in die Strukturen der ASEAN. Zwar blieben staatliche Akteure in Indonesien wichtig, doch sei im Zuge eines Generationenwechsels auch eine zunehmende Diversifizierung von politökonomischer Führung unter stärkerer Einbeziehung privater Akteure zu beobachten.

Doris Fischer, Universität Würzburg, begann ihren Beitrag zum Thema „Chinas Wirtschaftselite: Neue Erkenntnisse aus den Entwicklungen in 2012/13?“ mit der naheliegenden und spannenden Frage, wer denn nun eigentlich konkret zur Wirtschaftselite in China zähle: Die Unternehmer? Die wirtschaftspolitische (Partei)-Elite? Die Vermögenselite? Ihre zentrale These war, dass die Verbindungen zwischen diesen drei Gruppen im vergangenen Jahr vor dem Hintergrund eines Führungswechsels in Partei (November 2012) und Regierung (März 2013) stärker deutlich geworden sind. Hierzu haben laut Fischer neben den etwas transparenteren Auseinandersetzungen

zungen um den wirtschaftspolitischen Kurs auch der Skandal um Bo Xilai sowie die durch einen aktiveren Enthüllungsjournalismus im In- und Ausland aufgedeckten familiären Unternehmensverbindungen von hochrangigen Politikern (z. B. Wen Jiabao, Xi Jinping) beigetragen. Ein eindrucksvolles Zeichen für diese stärker sichtbare Verknüpfung zwischen Partei, Staat und Wirtschaft in China sei, dass im aktuellen Nationalen Volkskongress insgesamt 28 und in der Politischen Konsultativkonferenz nicht weniger als 43 Dollar-Milliardäre sitzen. Das Durchschnittsvermögen dieser Delegierten liege bei 3,35 Milliarden US-Dollar, wohingegen die 83 reichsten Mitglieder des amerikanischen Kongresses lediglich auf ein Durchschnittsvermögen von 56,4 Millionen US-Dollar kommen.

Nachdem die beiden ersten Panel unter der Leitlinie „Führung und Führungsstile“ die Bereiche Innenpolitik und Wirtschaft betrachtet hatten, widmeten sich zwei parallel laufende Workshops den Themenkomplexen Außenpolitik und Religion. Im ersten Workshop „Führungsherausforderungen in Ostasien“ standen vor allem die internationalen Beziehungen im ostasiatischen Raum im Mittelpunkt. Gudrun Wacker, SWP Berlin, erläuterte in ihrem Vortrag die Position Chinas. Die neue Führungsriege habe demnach nicht nur mit zahlreichen inneren Herausforderungen und ungelösten Fragen (z. B. nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Altersversorgung, Korruption, soziale Gerechtigkeit, Umweltverschmutzung, Nahrungsmittelsicherheit), sondern auch mit wichtigen strukturellen Reformhindernissen (z. B. Mangel an glaubwürdigen Kontrollinstanzen und an Koordination, unklare Hierarchien) zu kämpfen. Eine Bewältigung dieser Reformaufgaben sei nicht nur wesentlich für die Legitimität der Führung, sondern beeinflusse auch die außenpolitischen Kapazitäten Chinas. Hierbei gelte noch immer das alte Prinzip, dass die Außenpolitik der Innenpolitik diene und innere Stabilität bei einem friedlichem internationalen Umfeld die oberste Priorität bleibe. Dabei seien jedoch die territorialen „Kerninteressen“ Chinas, beispielsweise im Südchinesischen Meer, nicht verhandelbar. Ein harter Kurs nach außen könne der neuen chinesischen Führung laut Wacker dabei helfen, Reformen nach innen durchzusetzen.

Manfred Pohl, Universität Hamburg, beschäftigte sich in seinem Beitrag mit Korea. Der Vortrag des langjährigen Kenners der koreanischen Halbinsel überzeugte durch große Lebendigkeit aufgrund der Darstellung persönlicher Erfahrungen des Referenten. Für Nordkorea konstatierte Pohl, nicht zuletzt aufgrund der „katastrophalen Quellenlage“, mehr Fragen als Gewissheiten. Sicher sei, dass man nicht von einer klassischen Ein-Personen-Führung unter Kim Jong-un sprechen könne. Sowohl ein formales Mentorensystem als auch eine kollektive Führung seien vorstellbar, wobei die Neuordnung der Führungseliten in Militär und Partei unter der überge-

ordneten Prämisse der Privilegienabsicherung noch nicht abgeschlossen sei. In der Außenpolitik ändere sich jedoch in jedem Fall wenig: Die wirtschaftliche und politische Autonomie stehen nach wie vor im Vordergrund. Eine Vereinigung der beiden koreanischen Staaten sei aus der Sicht Nordkoreas nur unter sozialistischen Vorzeichen denkbar. Man möchte als akzeptierte Atommacht auf Augenhöhe mit den USA „nationale Größe“ zeigen und, selbstverständlich, „Südkorea übertrumpfen“. Unabdingbare Voraussetzung und erste Priorität hierfür sei aber die Bekämpfung der wachsenden Wirtschaftsprobleme unter Wahrung der ideologischen Fiktion. Als außenpolitische Instrumente nutze man die Androhung militärischer Gewalt (Kernwaffen) oder begrenzte Zwischenfälle. Zudem versuche man, China als Bündnispartner auszuspielen und die „Gruppe der Fünf“ aus den Sechsparteiengesprächen zur Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel zu spalten. Die neue südkoreanische Präsidentin Park Geun-hye werde laut Pohl im Vergleich zu ihrem Vorgänger eine „härtere Nuss“ für Nordkorea. Sie werde voraussichtlich eine offensivere Entspannungspolitik betreiben und beispielsweise die Beachtung der Menschenrechte einfordern. Insgesamt werde für Südkorea außenpolitisch das Konzept des „Middlepowerism“ leitend bleiben.

Für Japan konstatierte Verena Blechinger-Talcott, Freie Universität Berlin, eine deutliche Verbindung zwischen wirtschaftlicher und (außen-)politischer Schwäche. Die Katastrophe von Fukushima 2011 hätte ein Wendepunkt sein können, doch die Reformchance wurde nicht genutzt. So sei die japanische Politik in einem desolaten Zustand und von massiver Führungsschwäche geprägt. In der anschließenden Diskussion kam die Debatte schnell wieder auf Nordkorea zurück: Nadine Godehardt, SWP Berlin, stellte die These auf, dass Nordkorea auch als „Stabilitätsfaktor“ in Nordostasien betrachtet werden könne. Es sei demnach der kleinste gemeinsame Nenner von China, Japan, Südkorea und den USA, Nordkorea zu stabilisieren, was Godehardt zu der berechtigten Frage führte, was passieren würde, wenn Nordkorea nicht mehr da wäre. In seiner Antwort stellte Manfred Pohl klar, dass gegenwärtig alle Beteiligten daran interessiert seien, dass der Status quo in der Region erhalten bleibe.

Der parallel laufende zweite Workshop „Religious Leadership and Authority in Asia“ befasste sich mit religiöser Führung. Raphael Susewind, Universität Bielefeld/Universität Oxford, betrachtete in seinem Beitrag „Intra-Ulema Politics, Religious Innovation and Local Elections in India“ den Zusammenhang von religiöser Gruppenzugehörigkeit und Wahlentscheidungen im nordindischen Bundesstaat Uttar Pradesh. Ein Schwerpunkt seiner Darstellung war die Frage nach den Kontextbedingungen für die Verlässlichkeit lokaler Stimmenpakete (*vote banks*) im Stadt-Land-Vergleich,

vor allem bezüglich der vermeintlichen Mobilisierung muslimischer Wählerinnen und Wähler für die Samajwadi Party (SP) in den Regionalwahlen in Uttar Pradesh 2012. Syafiq Hasyim, Freie Universität Berlin, beschäftigte sich in seinem Vortrag „Religious Authorities and Religious Leadership in Post-Suharto Indonesia“ mit der Situation in Indonesien. Simin Fadaee, Humboldt-Universität zu Berlin, sprach über die Frage religiöser Autorität im Iran.

Die abschließende Podiumsrunde „An Asian Claim for Global Leadership?“ stellte sich der Frage nach einem möglichen asiatischen Führungsanspruch in der Welt. Die Diskutanten Peter Christian Hauswedell, DGA, Hanns W. Maull, Universität Trier, Friedolin Strack, Bundesverband der Deutschen Industrie Berlin, Chiharu Takenaka, Rikkyo-Universität Tokio, und Nobuto Yamamoto, Keio-Universität Tokio, waren sich einig, dass man keinesfalls von Asien als einer Einheit oder gar als einem kollektiven Akteur ausgehen könne: „There is no Asia!“ Ein weltweiter asiatischer Führungsanspruch sei demnach nicht erkennbar, wohl aber, so Friedolin Strack, ein chinesischer Führungsanspruch in Asien. Das „Peking-Modell“ erlangt hierbei nach Hanns W. Maull Einfluss und Legitimität weniger durch bewussten Export als vielmehr durch Funktionalität und Nachahmung („politisches Lernen“). Insgesamt zeigte auch die Abschlussdiskussion erneut, was Dieter Ernst, OAV, schon zu Beginn der Tagung festgestellt hatte: Asien ist vielfältig, „Allgemeinrezepte“ sind nicht möglich. Die Arbeit der DGA bleibt somit spannend, und auch der nächsten wissenschaftlichen Tagung in zwei Jahren wird es nicht an interessanten Themen mangeln.

Pierre Gottschlich

Weingartener Asiengespräche: Zivilgesellschaft und Demokratie in Asien

Weingarten, 8.–10. November 2013

Die Weingartener Asiengespräche, die alljährlich im Tagungshaus Weingarten der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart stattfinden, widmeten sich im November 2013 dem Thema „Zivilgesellschaft und Demokratie in Asien“. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Frage nach der Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure für einen politischen Wandel in ausgewählten asiatischen Staaten und auf der regionalen/transnationalen Ebene. In insgesamt

vier Panels und drei parallel stattfindenden Workshops wurden Demokratie und Zivilgesellschaft in Südasien, Japan, Südkorea, Südostasien und China thematisiert.

Zu Beginn der Konferenz wiesen die TagungsleiterInnen Claudia Derrichs, Universität Marburg / Dokkyo Universität, Tokyo, und Stefan Rother, Arnold-Bergstraesser-Institut an der Universität Freiburg, auf die politische Heterogenität Asiens hin, wo es neben autoritären politischen Systemen eine Reihe von unterschiedlichen Ausgestaltungsformen von Demokratie gibt. Daraus resultiert eine Unsicherheit über die Typologisierung von Demokratie und Zivilgesellschaft in Asien. Bei der Beschäftigung mit asiatischen Zivilgesellschaften stellt sich demzufolge eine Reihe von Fragen: Was bedeutet Zivilgesellschaft im asiatischen Kontext? Wie ist die Zivilgesellschaft organisiert und legitimiert? Der Begriff Zivilgesellschaft beschreibt die Sphäre zwischen Staat und privaten Haushalten, also vom Staat unabhängige gesellschaftliche Aktivitäten. Sie umfasst in der Regel Non-Profit-Organisationen, wobei es sich um nicht-staatliche – und oft auch transnationale – Akteure handelt, welche versuchen, ihre gesellschaftlichen Interessen auf nationalstaatlicher Ebene durchzusetzen. Aufgrund der dynamischen Entwicklungen der politischen Systeme in Asien erhebt diese vorläufige Arbeitsdefinition einer Zivilgesellschaft jedoch keine universelle Gültigkeit und kann kontextabhängig variieren.

Das erste Panel setzte sich mit „Zivilgesellschaft und Demokratie in Südasien“ auseinander. Andrea Fleschenberg, Qaidi Azam University, Islamabad, hielt einen Vortrag zum Thema „Herausforderungen für die Demokratie und Chancen für die Zivilgesellschaft in Pakistan“. Die Referentin betonte die Heterogenität, Stratifizierung und Diversität der zivilgesellschaftlichen Strukturen in Pakistan. In vielen Bereichen herrscht in der noch recht fragilen pakistanischen Demokratie, die durch zunehmenden Islamismus geprägt ist, eine schwierige Situation für die Zivilgesellschaft. Doch gelingt es ihr zusehends, insbesondere in Frauenrechtsangelegenheiten, eine kritischer denkende Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Markant, und in der anschließenden Diskussion kontrovers debattiert, war ein von Fleschenberg skizzierter Kritikpunkt an den zivilgesellschaftlichen Strukturen Pakistans. So wird einem Teil der pakistanischen Zivilgesellschaft immer wieder eine Kooperation mit dem Militär vorgeworfen. Aus diesem Vorwurf ergab sich die kaum eindeutig beantwortbare Frage, wie zivilgesellschaftliches Engagement auszusehen hat und ob eine Zivilgesellschaft mit dem Staat kollaborieren darf oder komplett unabhängig und abgegrenzt von diesem agieren muss.

Der zweite Vortrag des ersten Panels, gehalten von Nadja-Christina Schneider, Humboldt-Universität Berlin, warf einen interdisziplinär geprägten Blick auf das Thema „Demokratie und soziale Bewegungen in Indien.

Medialisierte Jugendproteste – in der Metropole Delhi und im zeitgenössischen Hindi-Film“. Dabei stand die Untersuchung potentieller Wechselbeziehungen zwischen Medien im Allgemeinen sowie Hindi-Filmen im Besonderen und einer neuen urbanen Protestbewegung der indischen Mittelschicht im Zentrum der Debatte. Schneider stellte fest, dass insbesondere nach Erscheinen des regierungskritischen Hindi-Films *Rang de Basanti* im Jahr 2006 die Kontroversen über das politische System Indiens sprunghaft zugenommen haben. Schneider charakterisierte den Film als „entscheidenden Moment für eine neue Politisierungswelle der jugendlichen Blogosphäre in Indien“ und schloss daraus, dass der Zugang zu Medien soziales Engagement in urbanen Räumen befördern kann.

Das zweite Panel wendete sich den Ländern Japan und Südkorea zu. Momoyo Hüstebeck, Universität Duisburg-Essen, thematisierte in ihrem Vortrag das Thema „Demokratie in Südkorea und Japan: Das Verhältnis zwischen politischer Elite und Zivilgesellschaft“. Die koreanische Zivilgesellschaft stellt seit der Demokratisierung in Südkorea eine aktive außerparlamentarische Opposition dar. Nichtsdestotrotz gelingt es ihr auch Dekaden nach der demokratischen Transformation nicht, die tiefen ideologischen Gräben zu überwinden. Sie besitzt nur wenige Zugangsmöglichkeiten zu politischen Institutionen und wird als kommunistische Agitation gesteuert aus Nordkorea wahrgenommen. Die japanische Zivilgesellschaft galt dagegen bis in die 1990er Jahre als schwach. Sie war stark von staatlichen Institutionen vereinnahmt und hatte keine politische Agenda. Durch das Erdbeben in der Kôberegion 1994 kam es zu einer massiven Aktivierung und letztlich zu einer rechtlichen Stärkung der japanischen Zivilgesellschaft. Eine weitere Stärkung der Zivilgesellschaft nach der Dreifach-Katastrophe 2011 blieb jedoch aus, sodass die Rolle und die politische wie parlamentarische Kraft der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Japan trotz einer verbesserten Vernetzung und der größeren medialen Aufmerksamkeit noch lange nicht ausgeschöpft sind.

Claudia Derichs befasste sich in ihrem Vortrag „Abenomics und soziale Bewegung in Japan“ eingehender mit der japanischen Wirtschaftslage und erläuterte in dem Zusammenhang das Konzept der „Abenomics“, wobei es sich um eine ökonomische Strategie des japanischen Premierministers Abe handelt, mit der die Herausforderungen, vor denen Japans Ökonomie und Politik stehen (Demographie, Staatsverschuldung, Dreifach-Katastrophe), bewältigt werden sollen. Genau wie ihre Vorrednerin kam Derichs zu dem Fazit, dass es nach der Dreifach-Katastrophe zu einer größeren Vernetzung zivilgesellschaftlicher Organisationen gekommen ist. Von einer breiten sozialen Bewegung (etwa einer einflussreichen Anti-Atomkraft-Bewegung) kann aber nicht die Rede sein. Des Weiteren wurde die Abwesenheit einer

Jugendbewegung diskutiert. Die japanische Jugend zeichnet sich durch eine hohe Politikverdrossenheit aus. Sie grenzt sich dezidiert von politischen Forderungen und dem politischen System ab.

Im dritten Panel wurde über „Demokratie und Zivilgesellschaft in Südostasien“ gesprochen. Jürgen Rüländ, Universität Freiburg, thematisierte in seinem Vortrag „Demokratie und Zivilgesellschaft im Gefüge der Regionalorganisation ASEAN“. Rüländ wies darauf hin, dass zivilgesellschaftliche Organisationen, aufgrund des in der ASEAN vorherrschenden staatszentrierten Korporatismus, in erster Linie als Transmissionsriemen für staatliche Politiken verstanden werden müssen. Das bedeutet, dass in der ASEAN oftmals nur solche zivilgesellschaftlichen Gruppierungen zugelassen sind, die auf Seiten der Regierungen stehen. Nach der asiatischen Finanzkrise Ende der 1990er-Jahre entstanden jedoch unter wachsendem externen und innerstaatlichen Demokratisierungsdruck neue regional organisierte Non-Governmental Organizations (NGOs), neue regionale zivilgesellschaftliche Netzwerke sowie neue institutionelle Arrangements (wie Dialoge zwischen NGOs und Staats- und Regierungschefs). Die Bilanz dieser Neuerungen ist allerdings relativ ernüchternd, da sich immer mehr herauskristallisiert, dass viele Anpassungen nur formaler, isomorpher Natur waren. Trotz normativer Konzessionen vonseiten der ASEAN wurde der „Kern des Alten“ beibehalten und re-legitimisiert, sodass die Zivilgesellschaft nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle in regionalen Entscheidungsprozessen der ASEAN spielt.

Stefan Rother setzte sich im Folgenden mit „Demokratisierung von unten? Transnationale Zivilgesellschaft in Asien und der Kampf für die Rechte von ArbeitsmigrantInnen“ auseinander. Anhand eines Beispiels, dem Migrant Forum in Asia (MFA), dem größten Migranten-Netzwerk in der Region, zeigte Rother die transnationale Ausrichtung nationaler und internationaler NGOs in Asien, die sich für die Interessen von MigrantInnen einsetzen. Der so allmählich entstehende transnationale und internationale Diskurs über die Herausforderungen im Bereich der Arbeitsmigration verhalf dem MFA bereits zu einigem Einfluss auf globaler Ebene. Mittlerweile ist ein transnationaler Politikraum entstanden, in dem die Migrantenrechte erfolgreich auf lokaler, nationaler, regionaler, transnationaler und globaler Ebene vertreten werden. Angesichts der jüngsten Entwicklungen in Europa wurde im Anschluss an den Vortrag diskutiert, warum die Migrationsbewegung in Asien, als eine Form der „*governance* von unten“, so erfolgreich und funktionsfähig ist, während derartige Mechanismen in Europa nicht zu funktionieren scheinen.

Das vierte und letzte Panel widmete sich dem „Politischen Wandel in der VR China“. Thomas Heberer, Universität Duisburg-Essen, hielt einen

Vortrag zu dem Thema „Bildet sich in China eine Zivilgesellschaft *Top-Down* heraus?“, in dem er auf der Basis von „westlichen“ Vorstellungen prüfte, inwieweit in China überhaupt von einer Zivilgesellschaft gesprochen werden kann und wenn ja, wie diese zu definieren sei. Die Zivilgesellschaft in China ist eng verwoben mit dem Parteienstaat, durch Top-down-Prozesse gekennzeichnet und folglich anders konnotiert als im „Westen“. Gründe für diese Inhaltsunterschiede liegen laut Heberer in erster Linie in einem „Mangel an zivilisatorischer Kompetenz und ziviler Alltagskultur“ in China. Die chinesische Regierung tritt im Lichte dieser „zivilisatorischen Inkompetenz“ als politischer Architekt für die Zivilgesellschaft in Erscheinung; als Moralstaat, der ein neues Wertesystem fördert, die Partizipationsmöglichkeiten ausweitet und so eine Zivilgesellschaft *top-down* initiiert. Ziel ist dabei natürlich nicht ein Systemwandel, sondern eine „Effektivierung im Sinne von *good governance*“. Diskutiert wurde im Anschluss insbesondere die Frage, ob sich durch die Top-down-Prozesse ein autoritärer (illiberaler) Typ von Zivilgesellschaft in China herausbildet oder ob diese Entwicklungen erst die notwendigen Voraussetzungen für eine Bottom-up-Zivilgesellschaft schaffen.

In den drei parallel stattfindenden Workshops wurden zivilgesellschaftliche Akteure in Indien und Südostasien sowie Frauenrechtsaktivistinnen betrachtet. Im ersten Workshop unter der Leitung von Clemens Jürgenmeyer wurde die Frage aufgeworfen, ob Proteste die Demokratie in Indien unterminieren oder befördern, da soziale Proteste auf der einen Seite die Stabilität des gesamten Gefüges gefährden können, auf der anderen Seite jedoch Anzeichen demokratischer Partizipation sind. Der Workshop zu Frauenbewegungen, welcher von Claudia Derichs geleitet wurde, thematisierte die sehr heterogenen islamisch geprägten Frauenbewegungen. Es wurde vehement auf die fundamentale Bedeutung einer Kontextualisierung zentraler Begriffe hingewiesen. Die „westlichen“ Konnotationen für Konzepte wie Feminismus, Emanzipation, Selbstbestimmung etc. könnten nicht eins zu eins für die islamische Frauenbewegung übernommen werden. Im dritten Workshop mit Patrick Ziegenhain als Leitung wurde am Beispiel der südostasiatischen Staaten Indonesien und Philippinen (demokratische Staaten), Myanmar (Transitionsstaat) sowie Laos und Vietnam (autokratische Regime) die Rolle der Zivilgesellschaft in Umbruchphasen von einer Autokratie zur Demokratie diskutiert. Es konnte gezeigt werden, dass die Zivilgesellschaft durchaus Potential besitzt, die Förderung von Demokratie voranzutreiben, wenngleich der Prozess einer Demokratisierung in verschiedenen Staaten mit divergierender Geschwindigkeit und Intensität ablaufen kann.

Während der Abschlussdiskussion wurde das Tagungsthema nach Implikationen für Europa untersucht. Dabei wurde die Notwendigkeit politi-

scher Maßnahmen festgestellt. Staaten sollte eine wichtige Rolle bei der Herstellung von Dialogen und der Förderung eines zivilgesellschaftlichen Austausches zukommen. Ferner wurde auf die zentrale Bedeutung der Betrachtung von Wechselwirkungen zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren in Asien und Europa hingewiesen. Gibt es Kooperationen? Wenn ja, lassen sich Lerneffekte auf beiden Seiten feststellen? Die transnationale Vernetzung von Zivilgesellschaften ist hierbei entscheidend für das Verständnis der europäisch-asiatischen Beziehungen.

In einem dritten Schritt wurde das Tagungsthema unter Bezugnahme auf die wissenschaftliche Dimension betrachtet. Es sei zum einen notwendig, die staatszentrierte Forschung aufzubrechen, und zum anderen, die wissenschaftlichen Theorien und Methoden, die zur Erklärung von zivilgesellschaftlichen Strukturen in Asien herangezogen werden und oftmals sehr eurozentrisch sind, zu hinterfragen und zu kontextualisieren. Die bisher verwendeten normativen Schablonen sind ausgerichtet auf „westliche“ Verhaltensweisen, die sich kaum eins zu eins auf Asien übertragen lassen. In Asien wird deutlich, dass die empirische Realität nicht mit diesen normativen Vorstellungen einhergeht. Eine Zivilgesellschaft ist beispielsweise nicht immer grundsätzlich „gut“ und gesellschaftsnah, da sie in einigen asiatischen Gesellschaften lediglich Transmissionsriemenfunktionen für die Regierungen erfüllt. Als Fazit der Tagung kann festgehalten werden, dass ein wissenschaftlich tätiger Mensch, dies gilt insbesondere für Asien-Experten aus dem „Westen“, Begriffe, Konzeptionen, Theorien und Methoden hinterfragen, sich mit der Empirie auseinandersetzen und Wechselwirkungen zwischen Theorie und Empirie beachten sollte. Die nächsten Weingartener Asiengespräche sind vom 14. bis 16. November 2014 zu dem Thema „Neue Mobilitäten und Immobilitäten in Asien“ geplant.

Berenike Feldhoff

Academic and Policy Roundtable: Democratising ASEAN and the Role of the European Union

Berlin, 30 September 2013

ASEAN, the ten-member Association of Southeast Asian Nations is adapting to the winds of political, social and economic change blowing across Southeast Asia. The rise of China, the geo-political and military repercussions of the US “pivot” to Asia and the emergence of a more vocal and self-confident civil society across the region – combined with external pressures for

change – are challenging ASEAN's traditional slow, consensual and inter-governmental methods of conducting regional governance. With its drive to create an ASEAN Economic Community by end-2015, the adoption of an ASEAN Charter and the establishment of a human rights body, ASEAN has come a long way in adapting to a rapidly-changing regional environment. The process is far from complete, however. Demands for a more participatory form of regional governance are likely to increase, whether from member states like Indonesia which is pushing hard on human rights issues or from ASEAN's foreign partners, including the European Union.

As discussed at an Academic and Policy Roundtable organised on September 30, 2013 by Freiburg University's Southeast Asian Studies Programme sponsored by the German Federal Ministry of Education and Research, changes in ASEAN governance are slow, incremental and not immediately visible. ASEAN members' different political systems, diverse economic development levels and the strong divide between "old" ASEAN members and "new" entrants mean that ASEAN governance reform is patchy and painful. As such, change does not come easy to ASEAN. However, driven by internal and external drivers, ASEAN governance and decision-making structures are under pressure to become more democratic, participatory and people-centred.

The quasi-constitutional ASEAN Charter adopted in 2008 is the most visible and obvious example of the changes underway within ASEAN as well as in the grouping's relations with civil society and in interaction with a closely-watching world. The Charter effectively ensures ASEAN's transformation from an informal "soft law" regional grouping, with a poor record of implementation, into one that is more rule-based and effective. It has also encouraged ASEAN to switch course from being an elitist, state-centric organisation to one that is more participatory and people-centred.

Much still needs to be done, however. As Tan See Seng (Rajaratnam School of International Studies, Singapore) pointed out, there is a disconnect between the stated aspiration of the Charter to create a "rules-based, people-oriented and more integrated" ASEAN and the blueprint's codification of standard international diplomatic and traditional ASEAN-styled conventions.

The jury is still out on the Charter's long-term impact and standing. Supporters describe it as a "living document" and a "work in progress". Others view it as "ASEAN gone backwards", arguing that it institutionalises the so-far ineffective "ASEAN way" by abandoning flexible consensus in favour of rules-based unanimity. It is still not clear if the Charter affirms and enshrines ASEAN's inter-governmental brand of regionalism or marks the first steps of an incremental but ultimately progressive regionalism.

Over the years, changes in regional governance in Southeast Asia, including the Chiang Mai Initiative, the multilateral currency swap arrangement agreed after the 1997–98 financial crisis, have been in direct response to crisis, said Tan. In the security sector, the East Asia Summit reflects regional concerns over China's dominance while the 16-nation Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) is a direct response to the US-led Trans-Pacific Partnership trade initiative. Regionalism in Southeast Asia is still *ad hoc* and a reactionary force which is nudged and pushed by crisis but the process was now becoming more pro-active although Southeast Asia still views its regional governance mechanisms as secondary compared to those on the multilateral level.

Once a taboo question in ASEAN, human rights is now moving up the agenda, largely due to a pro-active Indonesian foreign policy and demands by internal and external norm entrepreneurs. The ASEAN Intergovernmental Commission on Human Rights (AICHR) set up in 2009 with a mandate to "promote and protect human rights and fundamental freedoms of the peoples of ASEAN" – with due respect for the sovereignty of member states – reflects a change in ASEAN's earlier approach on human rights issues. "Member states for the first time explicitly commit themselves to human rights," said Anja Jetschke (University of Göttingen and the German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg). The rights granted are substantial – but they are balanced against "duties" which are not yet specified.

Although it has no mandate to conduct independent fact-finding in member states and no procedure for member states to submit state reports, the AICHR is active in liaising with civil society organisations, developing strategies to encourage ratification of international legal instruments and develop the capacity of small member states as well as to undertake studies. ASEAN's human rights agenda is being pushed largely by Indonesia and to some extent by Thailand and the Philippines. External criticism of Myanmar helped the process since it "affected the reputation of ASEAN as a regional grouping," said Jetschke.

Set up in 1977 as a forum for deliberation on transnational issues and composed of national parliamentary delegations, since 2007 the ASEAN Inter-Parliamentary Assembly (AIPA) is on the way to becoming a more effective and closely integrated institution. It is recognised as an "entity associated with ASEAN" by the ASEAN Charter and since 2010, the AIPA president participates in ASEAN summits.

AIPA's development is part of a broader trend towards regional parliamentarisation and its future role depends on the organisational authority and quality of democracy in the region. The parliamentarisation of regional governance through an effective influence of AIPA on ASEAN's decisions is un-

likely under current circumstances, said Tobias Lenz (University of Amsterdam), adding, however, that this could change if there is progress in the development of democracy in the region.

The drive to create an ASEAN Economic Community by end-2015 is also laying the foundations of greater economic cooperation and consultation among ASEAN states and prompting stronger governmental outreach to business, media and civil society.

Pressure for change in regional governance stems from internal ASEAN forces of transformation such as domestic and regional civil society networks, legislators, academic think tanks as well as local media. But while the process of drafting the ASEAN Charter gave evidence of a growing involvement of civil society actors in general and think tanks in particular in the shaping of regional governance, optimism about the empowerment of the “non-state” voice in ASEAN has proved to be premature, with ASEAN remaining a government-centred organisation, said Jörn Dosch (University of Rostock).

The opportunities for non-state actors to participate in ASEAN governance have grown, however, and think tanks in the region including ASEAN-ISIS, the only think tank network or academic organisation officially associated with ASEAN, are actively contributing to problem-solving, often with the help of foreign donors, including areas like climate change and maritime security.

As an external norm entrepreneur, the European Union with its putative “normative power” – or even “transformative power” – also has a key role to play in driving forward ASEAN’s process of democratisation.

The EU is a source of inspiration for ASEAN’s integration process and is not suspected of pursuing a hegemonic agenda. Having overcome the decade-long blockage because of EU sanctions on Myanmar, the EU is engaged more forcibly and visibly in the region, according to Michael Reiterer (European External Action Service). The EU is working to help ASEAN implement its connectivity agenda and is cooperating with the regional grouping in areas such as border management, higher education, building an internal market and on security issues, both traditional and non-traditional security questions related to disaster-preparedness, climate change, maritime security and cyber security. “In support of ASEAN as a driver for regional integration, the EU is the largest donor to the ASEAN Secretariat,” said Reiterer.

The EU’s influence in promoting a more participatory ASEAN is limited, however. While ASEAN policymakers may use “European sounding terminology” and there are numerous interactions between the EU and ASEAN officials, there is little evidence of an active promotion of regional demo-

cracy through the EU, said Jürgen Rüländ (University of Freiburg). The EU's focus remains on the democratisation of ASEAN member states. The democratisation of ASEAN as a regional organisation was never officially on the agenda "which may be attributed to the fact that the EU itself is criticised for its alleged democratic deficit".

The focus is not on democratisation but on building a people-oriented ASEAN, a concept which represents the localisation of external liberal ideas and the fusion of old and new thinking. "People-orientedness in ASEAN is often equated with the process of awareness-raising, people-to-people exchanges, identity building, mobilising support and not to democratisation or empowerment," said Rüländ. ASEAN civil society organisations do not have a regular interface with governments and their meetings with ASEAN leaders at summits are very short. There are also very strict and restrictive accreditation rules for civil society representatives.

When it comes to popular participation in regional governance therefore ASEAN is not becoming similar to the EU. "It is still characterised to a considerable extent by the ASEAN Way even though the way ASEAN governments such as Indonesia frame government-society relations justifies speaking of a "New ASEAN Way", Rüländ said.

However, what "people-oriented" community means is contested. For civil society organisations it means an influence over how the community is created and developed. For many ASEAN member states, the community-building project is a means of better management of transnational challenges they cannot solve on their own, said Alan Collins (Swansea University). Calling it people-oriented is a means of drawing upon the expertise of non-state actors and a way of raising ASEAN's profile and identity.

Despite the talk of strengthening the ASEAN Secretariat, with their focus on an inter-governmental brand of regionalism and distrust of any notions of a pooling of sovereignty, ASEAN member states are unlikely to give more powers to the currently understaffed and poorly resourced secretariat. Increasing funding for the Secretariat remains a key challenge given ASEAN's current system of equal contributions and the fact that the current budget, albeit small, is not fully used. Some of the best and brightest people employed by the secretariat are recruited by other organisations who offer them higher pay and better prospects.

A policy panel which ended the Roundtable brought together the Ambassador of Thailand to Germany, H.E. Mme. Nongnuth Phetcharatana, Cambodian Ambassador, H.E. Widhya Chiem and German Member of Parliament, Thomas Gambke (Green Party). They stressed the reforms that ASEAN has conducted as it moves towards more people-oriented regionalism since the signature of the ASEAN Charter in 2008.

ASEAN has certainly come a long way in developing new regional governance structures, including the landmark ASEAN Charter. Indonesia's active promotion of democratic values and human rights across the region as well as political change in Myanmar have to a large extent transformed ASEAN's traditional non-interference and national sovereignty narratives. But much still remains to be done. Although it is an important step forward compared to the earlier quasi-exclusive focus on governments, ASEAN's notion of building a "people-oriented" community is more of an awareness-raising exercise than an attempt to open up the grouping to more participatory governance. Equally while institutions like the AICHR or AIPA are evolving, they are still trammled by the overall democracy deficit in the region and states' wariness of regular and direct interaction with civil society. In conclusion, a greater democratisation of ASEAN will depend on progress in the spread of democracy and democratic values across the region.

Shada Islam

8th Annual Conference of the Consortium for Western China Development Studies

Chengdu, 5–6 July 2013

13th Seminar of the International Association for Tibetan Studies

Ulaanbaatar, 21–27 July 2013

Over the years, the annual conferences of the Consortium for Western China Development Studies and the International Association for Tibetan Studies have grown substantially and now last from two to five days with hundreds of scholars participating in dozens of panels. While the former, held this year in Chengdu (China), focused on issues of development in western China in general, and Tibetan areas in particular, the latter, held in Ulaanbaatar (Mongolia), is the foremost conference on Tibet studies. Unsurprisingly, a number of panels at the two conferences had significant interfaces and cross sections. At each conference one panel was designed to discuss comparable topics, in Chengdu "Aspects of Modernization and Development in Western China" and in Ulaanbaatar "Livelihoods on the Tibetan Plateau: Aspects of Vulnerability and Sustainability". After a brief introduction to the conferences, this conference report will focus on details of presentations in the respective panels.

Since its establishment in 2004, the Consortium for Western China Development Studies has organized seven conferences on various issues concerning the development of western China. The topic of the initial conference in Chengdu in 2004 was “Towards a New Paradigm for Developing Western China: Meeting the Challenges of Sustainable Development and Globalization”. The following six conferences continued to discuss issues of the region’s development, while including other topics such as sustainable and rural development (Yinchuan 2005), regional anti-poverty actions (Chengdu 2006), the construction of a “harmonious society” in poverty-stricken areas (Guiyang 2007), the assessment of development processes in western China (Xi’an 2008), retrospects and future prospects (Lanzhou 2009) and whether the experiences of “Ten Years of Western China Development” may serve as a model for regional development in China (Chengdu 2010). The conferences are supported by China’s State Council’s Office of Western China Development and Columbia University’s Prof. Jeffrey D. Sachs, a Special Advisor to United Nations’ Millennium Development Goals.

In the past ten years, societies in western China have witnessed tremendous changes and transformations. In-depth analysis makes clear that a variety of internal (for example demography) and external influences (world market integration and global climate change) initiated or helped to initiate these changes, in which diverse groups are both agents and casualties of processes that shape the dimension of their vulnerability or resilience. New risks and opportunities help to aggravate or mitigate the consequences of such processes and, together with political interventions, determine households’ and social groups’ adaptive capacity. One major problem of state intervention appears to be the common assumption that it can deliver general solutions to complex problems. In China’s west, namely minority areas, interventions are often reduced to the issue of “poverty reduction”. Therefore, development is often misunderstood as the duty to create programmes to fight poverty, whereas problems of vulnerability and sustainability should also be debated.

Therefore, when Sichuan University, in association with the Consortium for Western China Development Studies and the Western China Development Committee of Regional Science Association of China, hosted the 8th Annual Conference of the Consortium for Western China Development Studies in Chengdu from 5 to 6 July 2013, the focus of the conference was issues of vulnerability and sustainability in western China. Major themes of the panels included the strategy and policy analysis of development in western China, social vulnerability and social control, ecological vulnerability and restoration, human resources, anti-poverty and global cooperation and a discussion of development models in western China.

The entire conference was underpinned by a panel on “Aspects of Modernization and Development in Western China”. Its main objective was to critically discuss issues of modernization and development in the light of development theories Western countries applied in their policies around the globe and in the light of China’s experiences since the start of “Opening up and Reform” (*gaige kaifang*) and of the “Western Development Approach” (*xibu da kaifa*). The panel’s agenda included both theoretical issues of development geography (sustainability, vulnerability, livelihood security and poverty reduction) and a discussion of specific case studies related to sustainable development in western China.

Changes and transformations that the societies on the Tibetan plateau have lately undergone are generally perceived as the outcome of political interventions by agencies of the Chinese state and the latter’s interest in assimilating national minorities. As a single explanation, this does not take full account of the facts. As in other parts of China and the world, the various internal and external influences like population growth, changing living standards, world market integration, global climate change, etc. have generated radical changes, to which diverse Tibetan groups are not only exposed, but also induce. The dimension of their vulnerability, adaptive capacity and capacity for development is a result of their own agency, external influences and their reaction to the latter. The issue of sustainability, or sustainable development, is therefore an issue that must be considered in a regional context, if not at an individual household level. It should not be discussed for the plateau as a whole or for Tibetan peasants or nomads in general. Often undertaken as anti-poverty measures and programmes to raise people’s living standards, large investments quickly produce signs of superficial wealth and the appearance of improved livelihoods.

However, the widespread practice of describing marginalized groups as “poor” also needs to be questioned. Poverty is measured using a collection of data that are neither carefully defined nor available at comparable levels in increasingly fragmented societies. The vulnerability of groups has become a crucial issue, although not easy to measure. Since much research on social and economic development in Tibetan areas relies on qualitative than reliable quantitative data, the panel suggested scrutinizing factors to identify those responsible for the vulnerability of households or their adaptive capacity. The ultimate aim is to develop criteria for a necessary, sustainable development of household and regional economies. In order to deepen the respective studies, the focus of one panel at the IATS seminar in Mongolia was related case studies in Tibetan society.

The International Association of Tibetan Studies (IATS) held its 13th seminar in Mongolia’s capital Ulaanbaatar from 21 to 27 July 2013. Since

the late 1970s, the IATS seminars have developed into the largest interdisciplinary conference on Tibetan issues. The panel on "Livelihoods on the Tibetan Plateau: Aspects of Vulnerability and Sustainability" developed further aspects of the discussion at the Chengdu conference.

Addressing the issue of sustainable development highlighted the fact that the effects of any development measures must combine issues of vulnerability, resilience and sustainability with a viable, practicable, positive and appropriate outlook on future changes. The panels at both the Chengdu and Ulaanbataar conferences suggested scrutinizing and identifying factors responsible for the vulnerability of households, and on the basis of these attempt to develop criteria for the necessary sustainable development of household and regional economies. A number of contributions in Chengdu discussed conceptual perspectives (Ingo Breuer, Leipzig University, on "Modernization and Development: Conceptual Perspectives on Current Livelihood Dynamics") and contested understandings of development (Ga'er-rang / Kabzung, Sichuan University: "Contested Understanding of Development in Tibet, China: Tibetan Buddhist Elites and Tibetan Radical Secularists"). The importance of political reliability for the minorities' cultural identity and livelihood security was stressed by this author's talk on "Cultural Security and Development in China's West", while others produced evidence of vulnerability and sustainability in some of their own case studies.

That solving poverty issues through state-induced migration may lead to new vulnerability was shown by Chen Yong, Sichuan University ("Rural Vulnerability and Migration in Mountain Areas of Western China"), while Jarmila Ptackova, Humboldt University, Berlin, questioned whether the urbanization in Qinghai's grasslands may really offer new livelihoods and better living conditions for local pastoralists ("Urbanisation of the Qinghai Grassland: New Living and Livelihood Opportunities for Local Pastoralists?"). Two papers focused on the market. Gyamtso (Wang Shiyong), Qinghai Normal University, presented "Limitations on Tibetan Market Participation from the Perspective of People-oriented Development Theory" and demonstrated the weak market-competitiveness of Tibetans. Janka Linke of Leipzig University assessed the impact of the caterpillar fungus markets on livelihoods in the region ("The Caterpillar Fungus Commodity Chain: Assessing Impacts on Livelihoods"). Thierry Dodin, Bonn University, presented an example of how mining in Tibet could develop in sustainable ways and simultaneously benefit the local population ("Mining in Tibet: Towards Sustainability and Social Responsibility?").

Based on his rich field experience with the Winrock Foundation, China, Ethan Golding's successful demonstration of the paramount importance of good tools for measuring impacts of poverty evaluation ("The Importance

of Measuring Impacts of Poverty Alleviation: PACT – the Poverty Alleviation Criteria Tool) put in a nutshell what had been stressed in various other cases: that good monitoring and meaningful evaluation are the alpha and the omega for the success of any kind of development effort.

The panel on “Livelihoods on the Tibetan Plateau: Aspects of Vulnerability and Sustainability” at the 13th IATS in Ulaanbataar presented a variety of interesting issues and unique aspects of the scheduled topics.

In her paper “Making a Living on High Ground: The sMan-lha-ba-Nomads of the Shelkar-Dingri Area of South-Western Tibet”, the independent scholar Hanna Schneider detailed a picture of the living conditions in a very specific nomad community between the eighteenth and twentieth centuries CE, the sMan-lha-ba in south-western Tibet. For this purpose, she drew mainly on historical material, namely edicts, of which the oldest dates back to 1715. With her knowledge of, among other things, administrative records, land title documents, various documents pertaining to the cycles of nomadic life, from seasonal migration to pasture allocation, land lease contracts, the annual buying and selling of herd capacities for the holding of livestock within fixed pastureland, herd registers, registers listing the triannual *skye med* ‘*chi med* census, tax registers and undertakings for the transportation of salt and firewood, she was able to demonstrate how archive material can be used to not only train a historical eye on a nomadic group’s development, but also to assess the pastoralists’ survival skills. By disclosing how they were able to secure their vulnerable and challenged livelihoods in a difficult environment on the Tibetan northern slopes of the central Himalayas, she offered an important comparative perspective for similar contemporary issues in pastoralist areas.

In her presentation “Amdo Nomads between the ‘Hammer’ of Sedentarisation and the ‘Anvil’ of Vegetarianism”, Katia Buffetrille, École Pratique des Hautes Etudes, Paris, focused on the hasty implementation of programmes of sedentarisation for pastoralist communities confronted with a new style of life for which they are unprepared. The most pervasive evidence of those programmes are new villages with rows of similar houses. At the same time, she also hinted at the frenzy of (re)construction of religious buildings, which is an expression of how deeply religious leaders are involved in the revival of Tibetan Buddhism and the promotion of monasticism. Their greater emphasis on Buddhist traditions offers, but also confronts the nomads with the need for, forms of adaptation that again differ from those arising out of state programmes. Katia Buffetrille’s paper argues that nomads – at least in the Amdo area – are trapped between two strategies that greatly affect their daily lives: on the one hand, the Chinese state’s path of assimilation, which is allegedly depriving them of their specific culture,

language and way of life, and, on the other, the clergy's strategy that requests nomads to follow what is thought to be – or rather construed as – the Tibetan way of life as understood by the Buddhist clergy. Both of these agendas put pressure on the local population and definitely tend to deny the identity of the local Tibetans: one aims at integration, the other at transformation. In both cases, because they are being told that the way they live is wrong, Tibetans feel they are being pressured.

In her report "In Between 'Benevolence' and 'Civicness': Social Charity and Changing Political Culture in Ethnic and Minority Communities", Wu Fengshi, Chinese University of Hong Kong, addressed aspects of the maturing civil society in Tibetan regions. Arguing that Buddhism has always taught people to be sympathetic towards others, especially those in need, she relates this to social services or charities in Tibetan societies. While monasteries and their lamas have traditionally been the key agents and centres of charity work, the past decades have yielded a new phenomenon – local NGOs. Lay people meet on a voluntary and regular basis, they gather resources, share views on public affairs, establish an organization and work side-by-side to provide support for those in need. This practice of delivering services to the community at large is a recent phenomenon in Tibetan regions inside the PRC and may, in general, be regarded as a result of the combination of political modernization and socio-economic developments in the past 30 years. In particular, the rise of a transnational civil society, the trend of philanthropy to go global, and overseas concerns about development in Tibet have had a direct and evident impact on Tibetan communities.

The emergence of lay social activism and NGOs in Tibetan regions has taken a different route from that in other parts of China. How and by what this was initiated, in which way it developed and how it could be financed are major issues of Wu Fengshi's paper. The evolution of local NGOs was outlined and illustrated by case studies of local groups, focusing on medical training and community development in Qinghai's Yushu area, namely Jinba and SSG. The critical role of overseas NGOs and foundations in supporting and fostering grassroots initiatives in lay charity work in Tibetan regions was also elucidated. The latter's long-term effort has certainly been critical for the appearance of the decent-sized community of lay charities in Qinghai and Gansu Tibetan regions. Furthermore, the presentation alluded to the return of monastery-centred charity work and social mobilization as well as to the heated debates about nature conservation between religious and lay environmentalists or environment-related NGOs. Assessing the significance of such controversies and their potential implications for the future of sustainable development in the region was a fundamental concern of this talk.

Issues of social and political transformation and the so-called modernization are also issues in Tibetan-Buddhist areas beyond Tibet. This was shown by Tashi Tsering, University of British Columbia, in his presentation on “Inequality in Traditional Farming and Related Scarce Resource Management Customs”. His report is based on a case study of fodder, firewood and dung management in Chichem village in the Spiti Valley of India. By highlighting certain social aspects of livelihood vulnerability and sustainability on the Tibetan plateau, he develops his arguments that Tibetan Buddhist villages are hierarchical and patriarchal communities, where the management of resources is not equitable, most notably if their impacts are seen from the perspective and experiences of less powerful sections of the society. Since most aspects of Tibetan society, be it traditional education, music, mountain cult, or farming, impact different social groups differently, he contends that the social organization of resource management customs in rural communities, such as those for water, are related to the social organization of managing related resources. He claims that these relationships are better understood within the context of and as aspects of broader livelihood (farming) customs, which are embedded in local social relations of power. His case study showed how traditional resource management customs that appear benign and equitable on the surface can be unfair and “very dangerous techniques” of controlling labour and access to resources. A key to understanding the micro-politics of the management of local resources is, therefore, the appraisal of which groups of users benefit from the traditional and institutional arrangements that control the timing of access to these resources. This can only be grasped within their broader historical contexts and the local characteristics of culture, politics and the economy. Tashi Tsering’s study led him to conclude that traditional Tibetan resource management customs are, contrary to the general assumption, not equitable. Accordingly, this must be taken into account by research on Tibetans’ changing livelihood situation and the measure of vulnerability.

The presentation by Chöphel (chos ‘phel), Lanzhou University, on “*mdo dbus mtho sgang gi rtsa sa’i srung skyobs khrod ‘brog pa’i go gnas la dpyad pa – Examining the Status of Nomads and the Protection of Pastures on the Tibetan Plateau*” can be considered an adequate and enriching conclusion to the IATS panel. His expertise as an erudite scholar of pastoralist studies has deep roots in his former nomadic life: he grew up in a pastoral society in the Amdo area of western China. His presentation focused mainly on the paramount importance of preserving nomadic experiences (i.e., indigenous knowledge) and lifestyles for the livelihood security of rural people in Tibetan areas. This necessarily implies two kinds of efforts. On the one hand, traditional lifestyles and mobile forms of pastoralism need to be

maintained to the greatest degree possible in order to lessen both ecological and social vulnerability and to strengthen the livelihood security of the local households. On the other hand, this aim also calls for the nomads to open themselves to modern developments and opportunities in the herding economy. This requires both sides – nomadic societies and the state – to accept and fulfil certain tasks. How this is done can ultimately only be solved through exchange and communication as equals. In this way pastoralists may be able to preserve their traditions, while at the same time opening themselves to modern economic structures. And policy-makers can feel free to design not only interventions that evoke transformations, but also a way that allows the nomads to remain nomadic. In this way, officials will realize that preserving traditional lifestyles is more than just an end in itself, because pastoral management, for instance, builds on indigenous knowledge of traditions that help to preserve reasonable ways of grazing developed in centuries of experience. All stakeholders – pastoral households, local groups, towns and, due to the simultaneous preservation of the environment, the entire state – might benefit.

Prof. Chöphel's talk revealed his wealth of experience gained in his everyday experiences of life in a nomadic society as well as his ability to reflect on it academically. Both the Chinese-Tibetan and Western audience enjoyed the fact that Chöphel was a very special discussant. Questions he was asked addressed both a nomad and a scholar at the same time. Thus, it was not surprising that the panel ended with a lively discussion that lasted for more than an hour. Nancy Levine, University of California, Los Angeles, an "old-hand" in Tibetan pastoralist studies, honoured the panellists with her presence for the entire day, thereby also contributing to the success of this IATS panel on "Livelihoods on the Tibetan Plateau: Aspects of vulnerability and Sustainability".

The 9th Annual Conference of the Consortium for Western China Development Studies will be held in Guiyang, the capital of Southwest China's Guizhou province from 5 to 6 July 2014. Against the backdrop of China's current urbanization drive, its focus is new urban district construction in western China. Since the latter has serious implications for rural livelihoods as well, notably because policymakers believe that the impacts of their urbanization model are inevitably positive, a further panel is planned to discuss the results of the 2013 conferences. It is hoped that deliberations on different concepts will lead to a better understanding of the important interface between urban expansion and the development of rural, or rather "post-rural to proto-urban" livelihoods.

Andreas Gruschke